

Vortrag am 16. Juni 2011

Der „Konsumsozialismus“ Honeckers. Kontroversen um die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro in den 1970er Jahren

Vorbemerkung

Entscheidungsabläufe, Konfliktfelder und mögliche alternative Politikansätze im engeren Führungszirkel der SED blieben der Forschung auf Grund fehlenden oder nicht zugänglichen Archivmaterials lange Zeit verschlossen. Konflikte in der Führungsspitze, Machtkämpfe sowie die Interessenlagen verschiedener „Fraktionen“ in der Führung sind für die Krisensituationen in den 1950er Jahren – also 1953 und 1956 – aufgrund von quellenorientierten Forschungen inzwischen transparenter geworden. Auch über die gegensätzlichen Ansichten über die Wirtschaftsreformen in den 1960er Jahren hat die Forschung aufschlussreiche Erkenntnisse ans Licht gebracht. Die 1970er Jahre gelten allerdings als relativ konfliktfrei und über Auseinandersetzungen im Politbüro gab es bislang nur Vermutungen oder Erinnerungen von Zeitzeugen. Mein besonderes Interesse richtet sich deshalb auf die Frage, auf welchen Politfeldern und zu welchen gesellschaftspolitischen Entscheidungen Konflikte in der – oberflächlich betrachtet – angeblich von offenen Machtkämpfen freien Honecker-Ära aufbrachen. Nach meinen Archivrecherchen kommt hierfür insbesondere die Wirtschaftspolitik der Honecker-Führung in Betracht.

In meinem Vortrag möchte ich daher die Diskussionen über die Wirtschaftspolitik im SED-Politbüro, insbesondere über die Auslandsverschuldung am Ende der 1960er und während der 1970er Jahre behandeln.

1. Der Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik zu Beginn der 1970er Jahre

Um die Hintergründe für die Diskussionen über die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro im Verlauf der 1970er Jahre verstehen zu können, ist ein kurzer Blick auf die Wirtschaftspolitik Ulbrichts und die Haltung dazu am Ende der 1960er Jahre notwendig. Denn die Diskussionen über die Wirtschaftsstrategie der SED, die sich auf das Für und Wider der in den 1960er Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen konzentrierte und die letztlich 1970 endgültig abgebrochen wurden, ähneln in vielerlei Hinsicht den Mitte der 1970er ausbrechenden Debatten.

Am Ende der Amtszeit Ulbrichts führten die rasant anwachsenden Probleme der Wirtschaft zu heftigen Auseinandersetzungen im Politbüro. Streitpunkt war die Frage, wie auf die im Herbst 1970 ausbrechende Wirtschaftskrise, die sich als Versorgungskrise und dem faktischen Zusammenbrechen der bis dahin vernachlässigten Zulieferindustrie äußerte, reagiert werden sollte. Die Mehrheit des Politbüros sprach sich für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, insbesondere für einen radikalen Wandel in der Investitionspolitik aus. Vor allem attackierte der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, im Politbüro wiederholt die überzogenen und seiner Ansicht nach nicht erfüllbaren Planvorgaben der letzten Jahre. Auf dem Plenum des Zentralkomitees im Dezember 1970 warnte er in seiner Begründung für den Volkswirtschaftsplan 1971 vor ausgeprägten subjektivistischen Wünschen, die im Widerspruch zu den realen Möglichkeiten stünden. In direkter Antwort auf eine Forderung des Parteichefs Ulbrichts erklärte er: „Wir können keine Sprünge machen und zum Beispiel 10 Prozent Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Produktion pro Jahr als Aufgabe stellen, ohne dass dafür reale Voraussetzungen vorhanden sind.“ Für die Ausrichtung der Strukturpolitik im kommenden Fünfjahrplan 1971 bis 1975 versprach Stoph, dass die Wirtschaftspläne von nun an auf realistischen ökonomischen Kennziffern beruhen und sich künftig nicht mehr nach weltfremden Illusionen politischer Administratoren richten würden.

Für eine Korrektur der Wirtschaftspolitik Ulbrichts setzten sich vor allem Willi Stoph, Günter Mittag und Erich Honecker ein. Insbesondere Günter Mittag präsentierte sich plötzlich als ein heftiger Kritiker der seit dem VII. Parteitag 1967 getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Seit dem Tod Erich Apels 1965 profilierte er sich im Wirtschaftsapparat der SED als zentrale Figur. Als Sekretär für Wirtschaftsfragen und Politbüromitglied unterstanden ihm die Verantwortungsbereiche Industrie und Bauwesen, Planung und Finanzen sowie Forschung und technische Entwicklung. Allerdings konnte er sich als Architekt der Wirtschaftsreform nur durch einen Schwenk auf die Seite der Reformgegner in der SED-Machthierarchie behaupten. Die wirtschaftspolitischen Wunschvorstellungen Ulbrichts, die Mittag zuvor noch mit unrealistischen Vorhaben und Ideen bedingungslos unterstützt und gegen Widerstände im ZK-Apparat durchgesetzt hatte, attackierte er jetzt mit Vehemenz. Er forderte nun ein drastisches Abrücken von der bislang verfolgte Strukturpolitik, die ja beispielsweise in der chemischen Industrie durch „komplexe Automatisierung“ kurzfristige Produktions- und Effektivitätszuwächse bringen sollte.

Eine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftskurs wurde zur Jahreswende 1970/71 von der überwiegenden Mehrheit des Politbüros getragen. Selbst der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, der die Reformexperimente Ulbrichts und seiner Berater bislang unterstützt hatte, sprach sich vehement für Plankorrekturen und eine Änderung der Investitionspolitik aus. Als besonderes Ärgernis betrachtete Schürer den deutlichen, obschon im Vergleich zu späteren Jahren moderaten Anstieg der Auslandsverschuldung, vor allem in konvertierbaren Devisen. Dazu trugen seiner Meinung nach Investitionen in Prestigeobjekte bei, die keinerlei ökonomischen Nutzen bringen würden, so z.B. in die technische Ausstattung des Vergnügungsparks in Berlin-Plänterwald, der am 4. Oktober 1969 eröffnet worden war und rund 20 Millionen Valutamark gekostet hatte. Allein für den Import zwei neuer Achterbahnen der westdeutschen Firma Schwarzkopf hatte der Staatsratsvorsitzende Ulbricht 1,5 Millionen D-Mark bewilligt. Der „Kulturpark Plänterwald“ sollte zeigen, wie modern und lebenswert der Sozialismus ist. Nach Ansicht Schürers könne sich die DDR derart nutzlose Investitionen künftig nicht mehr leisten. Die Auslandsverschuldung und die

Investitionspolitik stellte Schürer, wie noch zu zeigen sein wird, auch in den folgenden zwanzig Jahren immer wieder im Politbüro kritisch zur Diskussion. Beide Themen bargen bereits am Ende der 1970er Jahre erhebliches Konfliktpotenzial und spalteten das Politbüro.

Die SED-Machtelite war in der Frage der Wirtschaftsreformen von Anfang an gespalten und blieb es während der 1960er Jahre auch. Die interne Lagerbildung in der Führungsspitze wirkte auch noch während der Auseinandersetzungen im Politbüro über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker nachhaltig fort. Die Konflikte zwischen Ulbricht und seinen Reformstrategen und dem von Honecker geleiteten Flügel der Parteibürokratie wurzelten im Wesentlichen in der von beiden Lagern unterschiedlich beantworteten Frage, ob eine Reform des Herrschaftssystems ohne Gefährdung des gesamten Machtgefüges möglich sei. Offensichtlich sah Ulbricht im Unterschied zu den 1950er Jahren eine derartige Möglichkeit. Die Ulbricht-Führung hatte sich zeitweilig für eine Modernisierung von oben mit Hilfe wirtschaftlicher Reformen und einem Umbau des Wissenschaftssystems entschieden, um so die gewaltigen Modernisierungsschübe des Westens auf- und einzuholen.

Einer Mehrheit des Politbüros um Honecker erschien die Reform unter dem Gesichtspunkt der Herrschaftssicherung der SED zu riskant. Der „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei 1968 hatte gezeigt, auf welche Weise eine Debatte um Wirtschaftsreformen in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion einmünden kann, die vor dem politischen System nicht Halt macht. Der konservative Flügel der Parteispitze verschloss zwar vor den immensen wirtschaftlichen Problemen nicht die Augen und schätzte intern die Verhältnisse durchaus real ein, doch fürchtete er die Eigendynamik einmal in Angriff genommener Reformprojekte und den damit drohenden Kontrollverlust über gesellschaftspolitische Entwicklungen. Diese Reformverweigerung bildete bis zum Rücktritt Honeckers im Oktober 1989 eine Konstante und folgte aus seiner Sicht einer gewissen machtpolitischen Logik.

Die Überwindung der 1970 ausgebrochenen Versorgungskrise, die im Ergebnis unrealistischer Wachstumsziele in der Industrie entstanden war, deuteten Honecker und die Mehrheit im Politbüro als Zeichen des Erfolges der neuen Wirtschaftsstrategie. Honecker gab die bevorzugte Förderung von Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Technologiebereichen auf und bewilligte Investitionen für die Leicht- und Lebensmittelindustrie. Er stützte sich auf das gewiss zutreffende Argument, dass in den Jahren zuvor konsumorientierte Wirtschaftssektoren sträflich vernachlässigt worden wären.

Damit war jedoch ein politisch erzwungener Rückgang der Investitionen in Forschung und Entwicklung verbunden, der als einer der Gründe für die im Laufe der 1970er Jahre aufbrechenden Krisensymptome in der Wirtschaft gesehen werden kann. Die technische Basis der Industrie konnte mit den internationalen Standards nicht mehr Schritt halten. Honeckers Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war mit einer innovativen Eigendynamik in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik grundsätzlich nicht zu vereinbaren. Sein Kalkül, unter Ignorierung der wissenschaftlich-technischen Revolution eine exzessive Sozialpolitik zu verwirklichen und auf diese Weise das Herrschaftssystem zu stabilisieren, konnte somit auf die Dauer nicht aufgehen.

2. Das ungelöste Problem der Zahlungsbilanz gegenüber dem westlichen Ausland

Honecker und die Mehrheit des Politbüros verknüpften das Ende der Wirtschaftsreformen und die Rückbesinnung auf das System der zentralistischen Wirtschaftsplanung der 1950er Jahre mit einer neuen Dimension der Sozialpolitik. Die Entscheidung für eine Stabilisierung politischer Herrschaft durch soziale Leistungen wurde bewusst und in Kenntnis des die Ökonomie überfordernden Aufwandes, also letztendlich auf Kosten der mittel- und langfristigen Stabilität der DDR, getroffen. Zweifel an dieser Strategie gab es unter führenden Ökonomen und auch in der obersten Planungsinstanz durchaus, doch fand sich unmittelbar nach dem Machtantritt Honeckers zunächst niemand im Politbüro, der diese Zweifel offen aussprach. Nach den Turbulenzen um die Ablösung Walter Ulbrichts und die damit verbundenen Auseinandersetzungen im Politbüro sollte nach dem VIII. Parteitag erst einmal Ruhe in der engeren SED-Führung einkehren.

Zwar sollte die von Honecker 1971 begonnene exzessive Sozialpolitik auf dem Grundsatz beruhen, dass sozialpolitische Segnungen, insbesondere die mit Valutamittel eingeführten westlichen Konsumgüter, nur dann verteilt werden können, wenn die wirtschaftliche Grundlage dafür gegeben ist. So erklärte der Erste Sekretär auf dem VIII. Parteitag der SED: *„Wir sind uns doch wohl alle darüber einig: Was wir nicht erarbeitet haben, können wir selbstverständlich auch nicht verbrauchen.“* Doch nahm die sozialpolitische Praxis kaum Rücksichten auf volkswirtschaftliche Voraussetzungen. Das unerlässliche Leistungsdenken wurde immer mehr durch Anspruchsdenken ersetzt, nicht zuletzt deshalb, weil die Partei die versprochenen sozialen Wohltaten zunächst schneller verteilte als es die volkswirtschaftlichen Ergebnisse rechtfertigten. Da Honecker es ablehnte, sein Programm der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und die damit verbundene Stabilerhaltung von Verbraucherpreisen, Mieten und Dienstleistungen durch ständig steigende Subventionen auch nur marginal zu verändern, bekamen die Ministerien immer höhere Planvorgaben, die sie nur mit statistischen Tricks und sogenannten Planersatzleistungen und Plankorrekturen, die der Ministerrat der DDR am Ende eines jeden Jahresplanes bestätigte, einhalten konnten.

Die Wirtschaftspolitik Honeckers produzierte im Staatshaushalt riesige Löcher, die seit Mitte der 1970er immer größer wurden, da die sozialpolitischen Leistungen aus eigener Wirtschaftskraft nicht finanzierbar waren. Das Politbüro versuchte deshalb in immer stärkerem Maße, die Defizite der Binnenwirtschaft durch einen Ausbau der Außenhandelsbeziehungen zu westlichen Industrieländern auszugleichen. Damit setzte ein Verschuldungsmechanismus ein, der am Ende der 1970er nur mit großen Mühen und ständig wachsenden Auslandskrediten beherrschbar war. Die Zahlungsbilanz wiederum gehörte zu den seit 1971 aufbrechenden Problemen, die die Lebensfähigkeit der DDR grundsätzlich beeinflusste und das Schicksal des planwirtschaftlichen Experiments entscheidend beeinflusste.

Schon unmittelbar nach dem Amtsantritt Honeckers wurde die steigenden Westverschuldung zum Dauerthema im Politbüro. Erstmals warnte Gerhard Schürer im November 1972 vor der wachsenden Westverschuldung, die zu akuten Zahlungsschwierigkeiten führen könne. In einer Information zur Zahlungsbilanz vom November 1972 verwies er auf eine „ungedekte Differenz“ von über 2 Mrd. VM in der Zahlungsbilanz für das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“. Die Verschuldung würde sich demnach von 4 Mrd. VM Ende 1972 auf rund 6 Mrd. VM am Ende des Jahres 1973 erhöhen. Schürer schrieb in der Information:

„Eine solche Erhöhung der Verschuldung lässt sich nicht realisieren. Die Präsidenten der Staatsbank und der Außenhandelsbank halten es höchstens für möglich, die Verschuldung um weitere 1 Mrd. VM zu erhöhen – unter der Voraussetzung, dass wir ab 1974 eine ausgeglichene Zahlungsbilanz haben. Mindestens in einer Größe von 1,2 Mrd. VM müssen auf jeden Fall Lösungen gefunden werden.“

Schürer sorgte sich allerdings nicht nur um den rasch wachsenden Negativ-Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten, sondern um das zunehmend prekärer werdende Bargelddefizit. Zu den Ursachen der Entwicklung hieß es in der Information vom November 1972:

„Die Hauptursache für diese Entwicklung der Verschuldung besteht darin, dass den in zunehmendem Maße steigenden Importen im NSW – insbesondere gegen konvertierbare Devisen – keine entsprechenden Exporte gegenüberstehen. Außerdem

wurden über mehrere Jahre hinweg die Exportpläne nicht erfüllt und die Importpläne wurden überzogen.“

Zur Lösung der Schuldenprobleme wurde ein umfangreicher Maßnahmen-Katalog präsentiert, der im Kern eine Erhöhung der Exportauflagen für die Industrie sowie eine Reduzierung der Westimporte enthielt. Einen entsprechenden Beschluss fasste das Politbüro im November 1972. Dass das Politbüro die Entwicklung der Zahlungsbilanz für ein existenzielles Problem hielt, zeigt die Bildung einer „Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz“, die der SED-Führung weitere Vorschläge zur „Lösung des Zahlungsproblems für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet“ vorzulegen hatte. Die Erhöhung des Exports in das westliche Ausland und die Verringerung des Imports westlicher Produkte schien die einzige Möglichkeit zu sein, das immer drängender werdende Problem der Zahlungsbilanz zu lösen. Voraussetzung für einen vorteilhaften Außenhandel mit kapitalistischen Ländern waren wettbewerbsfähige und devisenrentable Exportgüter, an denen es der DDR jedoch aufgrund ihres technologischen Rückstandes und der vergleichsweise geringeren Arbeitsproduktivität mangelte.

Eine Mehrheit im Politbüro lehnte jedoch die von Schürer geforderte drastische Drosselung der Einfuhr westlicher Konsumgüter ab, weil dadurch unmittelbar eine Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung befürchtet wurde. Ähnliche Auswirkungen wurden durch die Steigerung der Exporte in den Westen befürchtet, weil die dafür vorgesehenen Güter, darunter landwirtschaftliche Produkte, dem Binnenmarkt entzogen werden mussten und somit das Versorgungsniveau im Inland auswirken musste. So folgte nach jeder Beratung im Politbüro über den nächsten Volkswirtschaftsplan zwar eine lange Liste mit Vorschlägen zur Einsparung von Westimporten, realisiert wurden sie jedoch nicht. In letzter Instanz setzten die Ministerien ihre Forderungen zum Import von Rohstoffen und Gebrauchsgütern aus dem westlichen Ausland mehr oder weniger durch.

Unter Missachtung der bestehenden volkswirtschaftlichen Voraussetzungen sahen Honecker und sein Wirtschaftssekretär Mittag in der permanenten Erhöhung der

Leistungskraft der Wirtschaft und einem damit verbundenen Exportüberschuss gegenüber dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) die einzig mögliche Lösung, um die ständige gewachsene Auslandsverschuldung zu bremsen bzw. zu reduzieren. Wiederholte Beschlüsse zur Reduzierung bzw. Halbierung des Negativsaldos (Sockels), also des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten, wurden allerdings nie erfüllt. Er stieg von rund 2 Mrd. Valutamark (VM) im Jahre 1970 auf über 22 Mrd. VM im Jahre 1979. Trotz fortwährender Politbürobeschlüsse konnte die Zunahme der Auslandsverschuldung nicht gestoppt werden.

Vor allem in den Jahren seit 1972 wuchs die Verschuldung der DDR gegenüber dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ insbesondere in konvertierbaren Devisen durch das schnellere Ansteigen der Verbindlichkeiten gegenüber den Forderungen ständig, wodurch so genannte Zwischenfinanzierungen in Form von Bargeldkrediten zur Rückzahlung der anstehenden Tilgungsraten und Zinsen erforderlich waren. Die Beschaffung von Bargeldkrediten entwickelte sich zur Achillesferse des gesamten Außenhandels mit dem westlichen Industrieländern. Die Staatliche Plankommission, die Außenhandelsbank der DDR, das Finanzministerium sowie auch die ZK-Abteilung Planung und Finanzen befürchteten einen rasanten Anstieg des Bargelddefizits, der in absehbarer Zeit nicht mehr beherrschbar sein würde. Den ebenfalls stetig steigenden Sockel hielten sie genauso wie Honecker und Mittag hingegen für eine bedenkliche, aber noch kalkulierbare Belastung des Wirtschaftssystems.

Die Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz legte dem Politbüro im Januar 1973 ein Grundsatzdokument zur Zahlungsbilanz vor, das für die Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen für die nächsten Jahre als Richtlinie dienen sollte. Darin hieß es:

„Die für die Volkswirtschaft notwendigen Importe, Ausgaben für Dienstleistungen, fällige Zahlungen usw. müssen durch wachsende Exporte erwirtschaftet werden. Auch auf diesem Gebiet gilt der Grundsatz des VIII. Parteitages der SED, dass die DDR auf die Dauer nicht mehr importieren und verbrauchen kann, als sie produziert und exportiert... Der Maßstab für die Arbeit im Handel mit den nichtsozialistischen

Ländern ist die Erfüllung und Übererfüllung der Exportpläne sowie erreichte Einsparungen bei den vorgesehenen Importen und Valutaausgaben.“

Der darauf beruhende Beschluss des Politbüros „über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen“ legte zudem fest, die Zahlungsbilanz jeweils monatlich abzurechnen und dem Politbüro vorzulegen. Detaillierte Informationen zu den Außenhandelsbeziehungen und zur Zahlungsbilanz lagen also monatlich dem Politbüro vor. Dabei war nachzuweisen, in welchem Umfang die im Beschluss des Politbüros enthaltenen Ex- und Importauflagen der einzelnen Ministerien verwirklicht werden. Somit setzte das Politbüro auf einen ständig steigenden Exportüberschuss im Handel mit dem NSW, der auch bis 1989 innerhalb der SED-Führung als Schlüssel für die Beherrschung des Zahlungsbilanzproblems galt.

Der Abbau der Schulden und der beabsichtigte Exportüberschuss konnten im Rahmen der von Honecker verfolgten Wirtschaftspolitik nur mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten der industriellen Warenproduktion gelingen, was angesichts der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen auch in den staatlichen Planungsbehörden und Ministerien als unrealistisch eingeschätzt wurde. Über diese Frage wurde zwischen der Staatlichen Plankommission, insbesondere Gerhard Schürer, und dem ZK-Sekretär Günter Mittag und Erich Honecker ständig gestritten. Die Staatliche Plankommission hielt die Vorgaben für die Wirtschaftspläne, insbesondere für die Westexporte für unrealistisch. In den „Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen“, die monatlich vom Ministerium der Finanzen, der Außenhandelsbank sowie der Staatlichen Plankommission erarbeitet wurden, musste seit Mitte der 1970er das Scheitern der vom Politbüro im November 1972 beschlossenen Exportoffensive eingeräumt werden.

Honecker reagierte auf Kritik an der Wirtschaftspolitik, insbesondere auf kritische Kommentare zur Zahlungsbilanz zunehmend giftiger. In einem gemeinsamen Brief vom März 1977 wiesen Günter Mittag und Gerhard Schürer auf die außerordentliche Verschärfung der Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem NSW hin, die immer höhere Kredite allein für die Rückzahlung der Zinsschulden erforderlich mache. Schürer und Mittag konstatierten in dem gemeinsam verfassten Brief an Honecker „akute

Zahlungsschwierigkeiten“, denn die Bargeldeinnahmen aus dem Export in westliche Industrieländer würden nicht ausreichen, um Kredite und Zinsen zurückzuzahlen. Dem Brief lag ein Material über die Aufschlüsselung der Importe aus und der Exporte in das westliche Ausland für den Zeitraum von 1971 bis 1975 bei. Dabei zeigten Mittag und Schürer, wie die beträchtlichen Importüberschüsse zur außerordentlichen Verschärfung des Zahlungsbilanzproblems beigetragen hatten. Den einzig möglichen Weg, aus dem Strudel der Schuldenaufnahme herauszukommen, sahen Mittag und Schürer in der Umsetzung der Politbürobeschlüsse von 1972 und 1973, die neben einer Exportoffensive eine entschiedene Importablösung vorgesehen hatten.

Den Hinweis von Mittag und Schürer in ihrem Brief vom März 1977 an den Generalsekretär betrachtete Honecker als einen persönlichen Angriff. In einem persönlichen Gespräch mit Mittag und Schürer am 27. April 1977 warf er den beiden vor, den Eindruck zu erwecken, seit dem VIII. Parteitag würde eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben. Es stimme einfach nicht, so meinte er, dass, wie Schürer und Mittag behaupten, seit 1971 mehr verbraucht als produziert werde. Zum vorgelegten Material über die Entwicklung der Zahlungsbilanz erklärte er:

„Im Material kommt es so raus, als sei die Politik nach Ulbricht falsch gewesen, als habe Ulbricht keine Schulden gemacht und Honecker macht Schulden. Welche Politik hätten wir denn machen sollen?“

Zwar hielt es Honecker für richtig, wie er sagte, „offen die Probleme auf den Tisch zu legen“. Doch die Vorschläge von Mittag und Schürer, die Einfuhr westlicher Konsumgüter zu reduzieren sowie die Ausfuhr attraktiver Exportgüter auf Kosten des Versorgungsniveaus im Inland zu erhöhen, wurden von Honecker vehement zurückgewiesen. Gegenüber den beiden lehnte er einen Kurswechsel mit den Worten ab:

„Wir können doch nicht von heute auf morgen die ganze Politik ändern. Was vorgeschlagen wird, bedeutet tiefe Einschnitte in die Politik. Wir müssten vor's ZK gehen und sagen: wir haben das nicht vorausgesehen oder wir haben Euch belogen.“

Der 1973 vom Politbüro beschlossene Grundsatz, die für die Volkswirtschaft notwendigen Importe, Ausgaben für Dienstleistungen sowie fällige Zahlungen durch

wachsende Exporte zu erwirtschaften, wurde nie eingehalten. Die Veränderungen auf den Außenmärkten hatten im Lauf der 1970er Jahre dazu geführt, dass der geplante Exportüberschuss gegenüber den westlichen Industriestaaten in bedeutenden Größenordnungen niemals erreicht wurde. Daraus ergab sich bereits am Ende der 1970er Jahre eine außerordentliche Belastung der Zahlungsbilanz, die jederzeit in eine Zahlungsunfähigkeit führen konnte.

3. Ein vertrauliches Gespräch über wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen

Während sich seit der harschen Zurückweisung der gemeinsamen Intervention Mittags und Schürers durch Honecker im April 1977 der Wirtschaftssekretär des ZK bedingungslos auf die Seite des Generalsekretärs geschlagen hatte, trat Schürer weiterhin als Mahner und Kritiker falscher wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf.

Am 24. April 1978 redete der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission mit dem Leiter der Abteilung XVIII/4 des Ministeriums für Staatssicherheit Klartext. Oberstleutnant Horst Roigk stand an der Spitze der Abteilung 4, die für die Überwachung der zentralen Leitungs- und Planungsorgane der Wirtschaft zuständig war. Gerhard Schürer, der im Oktober 1973 als Kandidat in das Politbüro gekommen war, verfügte aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit im zentralen Apparat der SED und in der Staatlichen Plankommission über intime Einblicke in die Abläufe, Planungsmechanismen und Strukturzusammenhänge, mithin aber auch über die strukturellen Schwächen und Defizite der DDR-Wirtschaft.

Was Gerhard Schürer dem MfS-Offizier im April 1978 mitteilte, waren ungeschminkte Wahrheiten über die Wirtschaftspolitik der SED, die Stellung Günter Mittags in der obersten Machthierarchie, sein persönliches Verhältnis zu Günter Mittag und Erich Honecker sowie interne Querelen in der obersten staatlichen Planungsbehörde. Schürer führte das interne Gespräch mit einem ranghohen Offizier der Staatssicherheit offenbar mit der Absicht, ein Umsteuern in der Wirtschaftspolitik zu befördern.

Schürer gab in dem Gespräch seinen Eindruck wieder, dass man mit dem Generalsekretär noch bis vor ein bis zwei Jahren durchaus über die anstehenden wirtschaftlichen Probleme diskutieren konnte und er auf sachliche Argumente reagiert habe. Doch jetzt, im Jahre 1977 sei dies nicht mehr der Fall. Nunmehr würde er kaum noch von Honecker empfangen und dieser würde sich ausschließlich auf den Rat seines Wirtschaftssekretärs verlassen. Schürer schätzte ein, dass der Generalsekretär die Kompliziertheit der ökonomischen Situation nicht erfasst habe und offensichtlich auch nicht willens sei, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Schürer empfände es als äußerst bedauerlich, dass der Generalsekretär in seiner Umgebung falsche Berater habe, die dessen Gedanken und Überlegungen unkritisch aufgreifen und bedingungslos durchsetzen würden.

Grundtenor des Gesprächs war die Empörung über ständig höhere volkswirtschaftliche Kennziffern, die der Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED, Günter Mittag, als Korrekturen für die von der Staatlichen Plankommission erarbeiteten Planentwürfe forderte. Nicht nur aus dem zentralen Apparat, so klagte Schürer, auch vom FDGB-Vorsitzenden kämen wiederholt sozialpolitische Forderungen, die volkswirtschaftlich nicht zu realisieren seien. In dem Gesprächsprotokoll vom April 1978 hieß es dazu:

Als Beispiel führte Genossen Schürer an, daß sich der Genosse Tisch offensichtlich in Absprache mit dem Generalsekretär auf dem Parteitag hinstellt und verkündet, daß wir zusätzlich zum Plan 100 Tausend Wohnungen bauen werden. Er habe davon keine Kenntnis gehabt, ist jetzt aber mit den Auswirkungen konfrontiert. Nämlich, an diesen 100 Tausend Wohnungen hängen 100 Tausend Badewannen, 150 Tausend Armaturen, Gasherde, Elektroherde, Rohre, Fensterglas, Radiatoren usw. Diese Ausrüstungen sind im 5-Jahrplan nicht enthalten. Sie müssen aber beschafft werden – ein Import ist auszuschließen, eine zusätzliche Produktion gegenwärtig nicht möglich, da die planmäßig vorgesehene Summe der Neubauten von Wohnungen im günstigsten Falle wie vorgesehen erfüllt wird, wobei dabei bestimmt ein Auge zugedrückt werden muß.

Auch die Abteilungsleiter in der Staatlichen Plankommission so erklärte Schürer weiter, würden die von Honecker, Mittag und Stoph verlangten zusätzlichen Leistung in Kernbereichen der Wirtschaft und Landwirtschaft, verbunden mit Investitionskürzungen, als unerfüllbar bezeichnen. Der Leiter des Bereichs Land- und Nahrungsgüterwirtschaft der Staatlichen Plankommission, Bruno Lietz, hätte in internen Abteilungsleiterberatungen Begriffe wie „Zauberkünstler“ oder „Scharlatanerie“ benutzt, die als Synonyme für die erforderlichen Rechenricks standen, um die utopischen Forderungen Mittags umsetzen zu können. Gerhard Schürer selbst hielt die nach oben korrigierten Pläne für unreal und nicht bilanziert. Damit knüpfte er unmittelbar an sein kritischen Einwürfe zu den Jahresplänen am Ende der 1960er Jahre an. Am Mechanismus der Planmanipulation hatte sich offenbar nicht viel geändert. Wie das Gesprächsprotokoll vom April 1978 zeigt, war dies zum damaligen Zeitpunkt ein offenes Geheimnis. Es hieß dort:

Auf die Frage, wie es möglich ist, daß bereits jetzt im I. Halbjahr 1978 durch das Präsidium des Ministerrates beschlossen wurde, eine Planreduzierung von ca. 845 Mio. des Volkswirtschaftsplanes vorzunehmen, erklärte Genosse Schürer, daß die Ursachen darin liegen, daß die gestellten Forderungen von vornherein unreal waren und nur auf Druck der Parteiführung, speziell des Genossen Honecker und Stoph, erfolgten. Die Konzeption 1978, welche von der SPK ausgearbeitet worden war, hatte bereits sehr schwerwiegende Aufgabenstellungen zum Inhalt. Es gab Zielstellungen auf dem Gebiet der Investitionspolitik, im Export und auch in Fragen der Reduzierung des Zahlungsbilanzdefizits bzw. der Verhinderung einer weiteren Verschuldung. Nach seiner Auffassung und nach Auffassung seiner Spezialisten wäre es möglich gewesen, diese Zielstellung zunächst annähernd zu erreichen, wenn nicht sozial-politische Forderungen in Größenordnungen in den Plan hineingedrückt worden wären. Im Ergebnis ist man jetzt gezwungen und wird im Verlaufe des Jahres weiterhin gezwungen sein, Plankorrekturen vorzunehmen.

Das Gespräch zwischen Schürer und dem MfS-Abteilungsleiter aus dem Jahre 1978 macht einige Aspekte der Wirtschaftspolitik der SED deutlich, über die im Politbüro der SED unterschiedliche Auffassungen herrschten: Das sind die Preispolitik, die

grundsätzlichen Schwerpunkte von Investitionen bzw. Importen, das Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik und letztlich die damit zusammenhängenden Probleme der Zahlungsbilanz der DDR. Die Stabilität der Verbraucherpreise, der Preise für Dienstleistungen und Mieten gehörte im Verständnis Honeckers zu den eisernen Maximen, an denen nicht gerüttelt werden durfte. Honecker weigerte sich strikt, die von einigen führenden Ökonomen, u.a. vom Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung, Helmut Koziolk, geforderten Preissteigerungen vorzunehmen und beharrte darauf, die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ trotz der immer drängender werdenden außenwirtschaftlichen Belastungen fortzuführen. So stießen alle von Fachleuten wie Gerhard Schürer oder des Leiters des Amtes für Preise, Minister Walter Halbritter, erhobenen Forderungen nach prinzipiellen Änderungen beim SED-Chef auf taube Ohren.

So erklärte Schürer:

In diesem Zusammenhang erläuterte Genosse Schürer, daß unsere Preispolitik volkswirtschaftlich unmöglich ist, jeder Realität widerspricht und offensichtlich einer falschen Idee entspringt. Wenn in der ganzen Welt, selbst in der großen Sowjetunion, sich die Rohstoffe, Konsumgüter und andere Produkte verteuern, dann kann man in der kleinen DDR nicht eine sogenannte stabile Preispolitik betreiben und aufrecht erhalten. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, weder in politischer noch in volkswirtschaftlicher Hinsicht. Durch diese Preispolitik steigen die Subventionen des Staates in den genannten Sphären in das Unermeßliche. Wir entziehen mit diesen Subventionen beträchtliche Anteile aus dem Nationaleinkommen und reduzieren dieses damit. Weiterhin werden bei unseren Menschen Bedürfnisse geweckt, die wir aufgrund unserer Preispolitik nicht bewältigen (sh. Lücke im Warenfonds von 1,7 Mrd. für 1979). Darüber hinaus versorgen wir in beachtlichem Umfang die Bevölkerung der VR Polen, der CSSR und aufgrund der offenen Grenze nach Westdeutschland, Westberlin, die Transitstrecken und die Einreisenden von Westberlin mit billigen Waren und vor allen Dingen mit Nahrungsmitteln.“

Schürer hielt die seit 1971 gültige Formel, mit hohen Exportüberschüssen das Zahlungsbilanzdefizit in deutlichen Größenordnungen zu beseitigen, für illusorisch.

Er schlug daher in dem Gespräch mit dem ranghohen Offizier des MfS vor allem eine Drosselung der Konsumtion im Inland und eine drastische Importeinschränkung vor, besonders in den Bereichen, die für die Konsumtion bestimmt sind, um die Verschuldung gegenüber den westlichen Industriestaaten zu reduzieren.

Die von Schürer präsentierten Vorschläge zum Abbau der Staatsschulden im westlichen Ausland, insbesondere bei konvertierbaren Devisen, machten die zwei unterschiedlichen Auffassungen über den Wirtschaftskurs der Partei deutlich, die seit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker im Politbüro bestanden und die in der SED-Führung sowie in zentralen Planungsinstanzen immer wieder aufbrachen. Schürer gehörte gemeinsam mit Werner Krolkowski und Willi Stoph zu jenen Politbüromitgliedern, die auf eine Zurücknahme bzw. Korrektur der ausufernden Sozialpolitik drängten und die Konsumtion, also den privaten Konsum der Bevölkerung drosseln wollten. Dazu gehörte auch eine weitgehende Einschränkung des Imports westlicher Konsumgüter. Demzufolge stand Schürer wie auch einige andere Politbüromitglieder den Exquisit- und Delikatläden kritisch gegenüber, in denen auch Produkte westlicher Herkunft gegen DDR-Mark verkauft wurden.

Schürer äußerte:

Es wäre notwendig, Importe besonders in der Konsumtion einzuschränken. Solche Extravaganzen und unökonomische Maßnahmen wie ein Delikat- und Exquisitprogramm, Importe von Golf-Autos, der Bau von Gesellschaftsbauten, in denen Anlagen aus dem Kapitalistischen Ausland installiert werden, große Summen von Valuta-Mark binden und letztendlich in der produktiven Sphäre keine Ergebnisse bringen, müßten sofort eingestellt werden bzw. um politischen Schaden zu verhindern und die Bevölkerung nicht gegen die Partei- und Staatsführung aufzubringen, auf dem jetzigen Niveau gehalten werden.

In diesem Punkt knüpfte Schürer an die Argumente an, die er gegen die teuren Westimporte im Kulturpark Berlin-Plänterwald im Jahre 1969 anführte. Ähnlich kritisch sah Schürer die Verteilung der Investitionen.

Zitat:

Genosse Schürer führte weiter aus, daß es notwendig ist, zu untersuchen, wo die Milliarden von Investitionen in der Industrie verbleiben. Nach seiner Auffassung werden sie nicht zweckmäßig eingesetzt, führen nicht zur Erhöhung der Produktion und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern es werden Schauobjekte wie Schwimmhallen, Opernhäuser, Pionierpaläste und sonstiger Luxus errichtet. Bei dieser Gelegenheit erläuterte Genosse Schürer auch, daß das geplante FDJ-Treffen 1979 nach bisherigen Berechnungen ca. 250 Mio. kostet, eine große Menge Baukapazität gebunden wird, das Verkehrswesen belastet wird und Versorgungsprobleme entstehen, die befriedigt werden müssen. Er ist ja für ein Jugendtreffen, aber nicht in dieser bombastischen Form, was allen Prinzipien der Sparsamkeit widerspricht.

Die hier lediglich in kleinen Auszügen zitierte Gesprächsaufzeichnung macht insgesamt deutlich, dass unter führenden Wirtschaftsfunktionären die reale Situation in der Wirtschaft und ebenso die strukturellen Funktionsmängel der Wirtschaftsplanung bekannt waren. Völlig Klarheit herrschte auch darüber, dass die ökonomische Leistungskraft der DDR nicht ausreichte, um das seit 1971 verkündete sozialpolitische Programm umzusetzen. Offen bleibt, an wen diese Gesprächsnotizen weitergeleitet wurden. Ganz sicher kamen sie auf den Tisch des Hauptabteilungsleiters Alfred Kleine. Die für Wirtschaft zuständige Hauptabteilung XVIII fertigte auf der Basis von Berichten ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter eine im DDR-Berichtswesen nicht übliche realitätsnahe Bestandsaufnahme der Lage in der Volkswirtschaft, die Kleine in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung an Erich Mielke direkt weiterleitete.

Dass Mielke selbst dem Generalsekretär der SED Kenntnisse über die reale Wirtschaftslage im Lande nicht zumuten wollte, belegen die Berichte der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des MfS. Was das MfS über ausgewählte aktuelle Probleme in einzelnen Betrieben und Wirtschaftszweigen in ihren Informationen an die SED-Führung lieferte, spiegelte nur in sehr begrenztem Umfang die wirklichen Probleme in der Wirtschaft wieder. Denn eine zusammenfassende Analyse der grundlegenden Ursachen für die auftretenden

Misstände, zu der das MfS aufgrund der vielen Detailinformationen aus den Betrieben der DDR auch in der Lage gewesen war, legte das MfS dem Politbüro nicht vor. Stattdessen beschränkte es sich in den Berichten an die Parteiführung darauf, über Havarien in den volkseigenen Betrieben zu informieren sowie die persönliche Verantwortlichkeit staatlicher Leiter für bestimmte Misstände in einzelnen Betrieben zu benennen, um auf diese Weise als eine Art Aufsichtsbehörde über den Wirtschaftsapparat in Erscheinung zu treten.

Es gehört zu den interessanten Fragen, auf welche Informationen über die reale Lage in der Wirtschaft die SED-Führung tatsächlich zurückgreifen konnte. Denn das ist ja schließlich ausschlaggebend über die Motive und Hintergründe von Entscheidungen im Politbüro. Es gab über die offiziellen Kanäle hinausgehend einen direkten Kontakt zwischen einzelnen Leitern von Hauptabteilungen des MfS und Abteilungsleitern im ZK der SED. Darüber hinaus gab es auch direkte Kontakte zwischen den Stellvertretern des Ministers Mielke und Sekretären des ZK. Archivalische Belege über diese Kontakte sind bislang nur sporadisch gefunden worden. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass zumindest der ZK-Sekretär für Wirtschaft, Günter Mittag, über die im MfS einlaufenden Berichte über gravierende Wirtschaftsprobleme informiert wurde.

4. Neue Kontroversen über die Wirtschaftspolitik der SED im alten Gewand

Seit die Probleme offenkundig wurden, also seit Mitte der 1970er Jahren, brachen erste Kontroversen grundsätzlicher Art über die seit dem VIII. Parteitag 1971 verfolgte Wirtschaftspolitik auf. Insbesondere gehörte die sich aus dem chronischen Handelsdefizit ergebende Gesamtverschuldung der DDR zum zentralen Konfliktstoff innerhalb des Politbüros der SED. Schürer brachte die sich verschlechternde ökonomische Lage, insbesondere die Zahlungsschwierigkeiten, wiederholt in internen Besprechungen von ausgewählten Politbüromitgliedern offen zur Sprache. Darüber geben die überlieferten Aufzeichnungen von Gerhard Schürer und Heinz Klopfer, einer der Stellvertreter Schürers und Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission, Auskunft, auf die ich mich nachfolgend beziehen werde. Diese handschriftlichen Mitschriften von Beratungen und Gesprächen zwischen einzelnen Politbüromitgliedern machen die zwei unterschiedlichen Auffassungen über den Wirtschaftskurs der Partei deutlich.

Regelmäßig vor entscheidenden Politbürositzungen, in den Eckdaten der wirtschaftlichen Perspektivpläne erörtert wurden, fanden interne Besprechungen in einem engen und einem erweiterten Kreis statt. Dem engeren Kreis gehörten lediglich Erich Honecker, Günter Mittag und Gerhard Schürer an. In diesem Kreis wurde vergleichsweise offen über das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere über die drängenden Probleme der Zahlungsbilanz gesprochen. Im Anschluss daran wurden die Planentwürfe in einem erweiterten Kreis von ausgewählten Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros sowie ZK-Abteilungsleitern behandelt. Dazu gehörten Erich Honecker, Günter Mittag, Gerhard Schürer bzw. sein Stellvertreter Heinz Klopfer, Willi Stoph, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Werner Krolikowski, Harry Tisch, Paul Verner, Werner Jarowinsky und der Leiter der Abteilung Planung und Finanzen Günter Ehrensperger. Erst danach wurde der jeweilige Planentwurf dem gesamten Politbüro vorgelegt. In den Sitzungen des Politbüros präsentierte sich dann Günter Mittag als kluger Analytiker mit Mut zu schnellen Entscheidungen. In Honeckers Augen schien Mittag der einzige zu sein, dem er die Lösung wirtschaftspolitischer Problem zutraute.

Die Diskussionen im Politbüro über wirtschaftspolitische Probleme und die damit zusammenhängenden Rückstände in der Planerfüllung liefen nach einer bestimmten Regie ab, an der bis zuletzt festgehalten wurde. In der Regel kritisierte Günter Mittag die Plan- und Exportrückstände der einzelnen Wirtschaftszweige, indem er die Minister persönlich dafür verantwortlich machte. Anschließend forderte der Generalsekretär den Chef der Staatlichen Plankommission dazu auf, den Planentwurf noch einmal gründlich „durchzuarbeiten“, wie er es stets so formulierte, und die Minister streng in die Pflicht zu nehmen. Daraufhin erklärten sich alle anderen Politbüromitglieder mit dem von Honecker vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Repräsentativ hierfür ist die Beratung im Politbüro am 15. Mai 1979. Nachdem Günter Mittag den Stand der Planerfüllung als katastrophal bezeichnete hatte und die Minister als notorische Lügner beschimpft hatte, wandte sich Honecker an die Mitglieder des Politbüros:

„Wenn wir die Dinge so weiter laufen lassen, kann sich jeder ausrechnen, wo wir am Ende des Jahres mit der Planerfüllung stehen. Im Fernsehen verkünden wir unsere Erfolge und in Wirklichkeit sieht es anders aus. Deshalb ist es wirklich erforderlich, Industriezweig für Industriezweig durchzuarbeiten, die Verflechtungen zu beachten und die Probleme zu klären, die zu klären sind. Hier geht es darum: War der Planansatz für 1979 richtig und wenn er richtig war, muss man die Voraussetzungen schaffen, um den Plan zu erfüllen, Kombinat für Kombinat. Meines Erachtens ist es jetzt höchste Zeit, dass Ihr die Dinge ganz konkret durcharbeitet und dann durch die einzelnen Minister und dem Ministerrat Entscheidungen getroffen werden, und dann muss man dem Politbüro sagen, was geht und was nicht geht.“

In der Regel hatte Schürer als Chef der Staatlichen Plankommission dafür zu sorgen, dass am Jahresende auch intern eine positive Bilanz gezogen werden konnte. Die Mehrheit im Politbüro ließ sich offensichtlich von der Vorstellung leiten, komplizierte ökonomische Probleme könnten noch wie in den 1950er Jahren allein mit ideologischen Appellen und politischen Direktiven gelöst werden. Insbesondere bei

Honecker dominierte ökonomisches Wunschdenken und politisches Kalkül gegenüber nüchternem Sachverstand. Beispielhaft dafür steht die Beratung zum Volkswirtschaftsplan im Politbüro am 22. November 1977. Schürer hatte die Sitzung mit dem Eingeständnis eingeleitet, dass die Außenwirtschaftsbilanz des Planes bei den vorgesehenen hohen Steigerungsraten für den Export nicht materiell abgesichert sei. Er räumte zudem ein, für zentrale Vorgaben im Wirtschaftsplan noch keine ökonomisch vertretbare Lösung gefunden zu haben. Honecker widersprach dem heftig und hielt den Plan in der vorliegenden Fassung für durchführbar. *„Insgesamt gesehen ist die Plankonzeption in ihrer Struktur für uns die günstigste Variante, das Optimalste, real aber anspruchsvoll.“* Günter Mittag pflichtete dem bei und hielt die Schwarzmalerei Schürers ebenfalls für unangebracht.

Zitat:

„Es wird viel gequatscht und es wird viel Pessimismus verbreitet. Es geht um eine einheitliche Disziplin und Moral zur Durchführung dieser Aufgaben. Mit Pessimismus und Desorientierung kann man nicht begeistern, sondern nur mit einer klaren Konzeption. Das ist für den Erfolg der Sache außerordentlich wichtig.“

Honecker räumte alle Bedenken Schürers beiseite und stellte zum Schluss fest, dass der Entwurf zum Volkswirtschaftsplan 1978 angenommen sei und am 1. Dezember im Ministerrat beschlossen werde. Während der Sitzungen des Politbüros wagte es niemand, Widerspruch zu den ökonomischen Kennziffern, geschweige denn zum Wirtschaftskurs Honeckers offen zu äußern.

Diesen gab es durchaus. Werner Krolikowski gehörte zu jenen Politbüromitgliedern, die – ähnlich wie Gerhard Schürer – auf eine Zurücknahme bzw. Korrektur der ausufernden Sozialpolitik drängten und den privaten Konsum der Bevölkerung zugunsten produktiver Investitionen drosseln wollten. Krolikowski attackierte allerdings den „Konsumsozialismus“ Honeckers nicht offen, sondern in seinen geheimen Briefen an die sowjetische Führung heftig. In einem Schreiben an den sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew vom 24. Oktober 1980 beklagte er das starrsinnige Festhalten Honeckers am „Konsumsozialismus“ der DDR sowie

„das Leben auf Vorgriff für bisher noch nicht erbrachte Leistungen, was dazu führte, dass mit Beginn der 70er Jahre von Jahr zu Jahr die Schuldenlast stieg, die inzwischen eine Höhe erreicht hat, die immer unbeherrschbarer wird und dem Kapitalismus zu jeder Zeit – wie ebenfalls mehrfach bereits belegt – die Möglichkeit gibt, die Zahlungsunfähigkeit der DDR herzustellen bzw. politisch die DDR zu erpressen.“

Um die Wirtschaft zu stabilisieren, hielt es Krolikowski ebenso wie Schürer für erforderlich, deutliche Abstriche am Lebensstandard der Bevölkerung in Kauf zu nehmen. In einem Vermerk vom Juni 1982 notierte er:

„Natürlich muss in der DDR das Lebensniveau eingeschränkt werden. Die Mehrheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk ist auch dazu bereit, wenn dies ehrlich erklärt und mit einer überzeugenden Konzeption begründet wird. Aber die Bereitschaft, den Schwindel der einseitigen Erfolgspropaganda bei ständiger Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mitzumachen, geht verständlicherweise zurück“.

In diesem Punkt irrte Krolikowski. Die Bereitschaft, eine deutliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit der Aussicht auf bessere Zeiten zu tolerieren, war nicht mehr vorhanden. Die in der DDR aufgewachsene Generation wollte sich nicht mehr wie ihre Mütter und Väter auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen. Als Folge drastischer Einschnitte in die Lebensqualität der Bevölkerung wären politische Instabilität, soziale Unruhe und eine Stärkung der innenpolitischen Opposition zu erwarten gewesen. Dies hatte sich in Polen gezeigt, wo es im Dezember 1970 als Folge drastischer Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen gekommen war. Die Vorschläge Krolikowskis, die er in Briefen an die sowjetische Führung präsentierte, stellten somit keine echte Alternative zum „Konsumsozialismus“ Honeckers dar.

Fazit

Die überlieferten Dokumente über Entscheidungsabläufe und die Entscheidungsfindung in der SED-Führung machen deutlich, dass es innerhalb des Politbüros unterschiedliche Antworten auf die deutlich erkennbaren Funktionsmängel des planwirtschaftlichen Systems gab. Es kann auch nicht davon gesprochen werden, dass die SED-Führung ahnungslos und unversehens in den wirtschaftlichen Abgrund hineinrutschte. Die Staatliche Plankommission wies in internen Informationen für den Generalsekretär und die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees regelmäßig zu Beginn der Erarbeitung von Perspektivplänen der Volkswirtschaft auf den Umfang der wirtschaftlichen Probleme hin, die aus der Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, der außenwirtschaftlichen Öffnung der DDR und dem damit verbundenen Devisenbedarf resultierten. Insbesondere die Zahlungsbilanz gehörte zu jenen Problemen, die regelmäßig auf der Tagesordnung des Politbüros standen und auch im kleinen Kreis, dem wie schon erwähnt Honecker, Mittag und Schürer angehörten, besprochen wurden. Dabei gab es allerdings deutliche Unterschiede in den Vorschlägen zur Lösung der existenziellen Probleme.

Honecker und die Mehrheit des Politbüros hielten trotz der erkennbaren Leistungsgrenzen der Wirtschaft und der Mängel der Planungsökonomie an der Strategie fest, durch eine ökonomisch nicht fundierte Sozialpolitik die Herrschaft der SED zu stabilisieren. Jegliche Korrektur oder gar Zurücknahme sozialpolitischer Maßnahmen lehnte Honecker aus Furcht vor Protesten und inneren Unruhen ab. Nicht zu bestreiten ist, dass diese Befürchtung, ein Absenken des Lebensstandards würde die Macht der SED gefährden, einen realen Hintergrund hatten. Tatsächlich konnte mit der verkündeten Aussicht auf Verbesserungen der sozialen Lage der Bevölkerung das Herrschaftssystem zeitweilig stabilisiert werden. Indem aber dieser Ansatz zur zentralen Begründung der Legitimität der SED-Herrschaft erklärt wurde, stand die SED unter Erfolgszwang. Die Kopplung von Wohlstandsversprechen und Legitimation der SED-Herrschaft bot zwar die Chance zur zeitweiligen Herrschaftskonsolidierung, vergrößerte aber das Risiko des völligen Scheiterns.

Auf der anderen Seite forderten Schürer, Stoph und Krolikowski im Politbüro die Beachtung ökonomischer Grundregeln, die es erforderlich gemacht hätten, reale Wirtschaftspläne auszuarbeiten, eine wirtschaftlich effektive Rechnungsführung der Kombinate einzuführen und sowohl die gesellschaftliche wie auch die private Konsumtion zu drosseln. Dazu gehörte der Abbau der Subventionen, ein grundlegendes Umschwenken in der Investitionspolitik und Preiserhöhungen in allen Bereichen, auch in der Preisgestaltung von Grundnahrungsmitteln. Ebenso wäre es dazu notwendig gewesen, auf weitere sozialpolitische Wohltaten zu verzichten. In der Folge wäre es höchstwahrscheinlich gelungen, die Wirtschaft zeitweilig zu stabilisieren. Doch im Hinblick auf den Wunsch nach sozialem Wohlstand hätte die Bevölkerung der DDR dann erneut auf die Zukunft getröstet werden müssen, da der versprochene wirtschaftliche Aufschwung weiter auf sich warten ließ. Das konnte an der Wende zu den 1980er Jahren nicht mehr glaubhaft vermittelt werden. Eine Umsteuerung durch drastische Einschränkung der kostspieligen Sozialpolitik zugunsten einer industriellen Modernisierungs- und Wachstumspolitik konnte sich die SED-Führung nicht leisten, wenn sie die passive Loyalität der Bevölkerungsmehrheit nicht aufs Spiel setzen wollte. Große Handlungsalternativen standen dem Politbüro somit nicht zur Verfügung.